

nonpd

NPD-Verbot jetzt!

Diese Ausgabe

Mit diesem »Extra« informieren wir darüber, was die Morde der Zwickauer Neonazi-Truppe mit der NPD und ihrem Umfeld zu tun haben. Außerdem fragen wir nach der Verantwortung der Verfassungsschutz-Ämter.

Unterstützen Sie die Kampagne »nonpd – NPD-Verbot jetzt!«

Sonderausgabe der Zeitschrift *antifa* der VVN-BdA

12137 ISSN 0863-2936

Die NPD und der Terror

Energisch gegen Nazigewalt!



Foto: Christian Jäger

Mai 2011: NPD-Demonstration in Berlin-Kreuzberg. Neonazis treten auf am Boden sitzende Gegendemonstranten ein.

Aufruf: NPD-Verbot - Jetzt aber richtig!

175.445 Menschen haben bereits 2007 gefordert, ein neues Verbotsverfahren nach Artikel 21, Abs. 2 Grundgesetz gegen die NPD auf den Weg zu bringen. 5.405 Menschen haben im Jahr 2009 ihre Argumente für ein NPD-Verbot auf der Kampagnen-Seite nonpd eingestellt. Ein wichtiges Argument ist und bleibt, dass das faschistische Menschenbild bereits dem Artikel 1 des Grundgesetzes widerspricht: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.«

Wir fordern die Einhaltung des Grundgesetzes!

Zwei wesentliche Argumente gegen ein NPD-Verbot sind offensichtlich falsch: ein Verbot treibe Nazis in den Untergrund und man brauche V-Leute zur Kontrolle der Szene. Inzwischen ist klar: V-Leute funktionieren nur in eine Richtung – sie versorgen die Nazi-Szene mit Geld und offensichtlich auch mit Informationen; irgendwelche Erkenntnisse, die nicht auch mit wissenschaftlichen oder journalistischen Methoden gewonnen werden, liefern sie nicht.

Wir fordern die Abschaffung des V-Leute-Unwesens!

Der »Nationalsozialistische Untergrund« ist Teil eines braunen Netzes, in dessen Mitte die NPD die Fäden zieht. Die Führung der NPD war es, der mit der strategischen Orientierung »Kampf um die Straße – Kampf um die Köpfe – Kampf um die Parlamente« die Öffnung der NPD zur »Kameradschaftsszene« propagierte, zu der auch die Terrorgruppe und ihre Propagandisten zählen.

Solange die NPD durch Legalität den Eindruck erwecken kann, ihre rassistische, antisemitische, antidemokratische Hetze sei ein legitimes »nationales« Anliegen und solange sie sich überwiegend über Steuergelder finanzieren kann, schöpft die gesamte neofaschistische Szene daraus den Anschein von Legitimität. Der Staat muss seinen Verpflichtungen zur Verteidigung der Demokratie endlich nachkommen.

Wir fordern die konsequente Durchsetzung eines NPD-Verbotsverfahrens!

Ausstellung zum Thema



Die Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« informiert über Ideologie, Erscheinungsformen und Hintergründe des gesamten neofaschistischen Lagers in Deutschland. Sie wurde bereits mehr als 120mal in Rathäusern, Gewerkschaftshäusern, Schulen, Volkshochschulen, Universitäten und anderen Orten gezeigt und kann weiter ausgeliehen werden. Ausstellungstermine und weitere Informationen finden Sie unter: www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de

Gewalt und Mord sind ihr Programm

Die Terrorzelle von Zwickau hat mit Hilfe eines Netzwerkes zielgerichtet und systematisch gemordet. Neu sind Gewalt und Mord in der Nazi-Szene nicht. Jetzt aber ist offensichtlich, dass staatlich finanzierte Spitzel den Terror nicht verhindert, sondern eher befördert haben.

Nach unterschiedlichen Angaben von antifaschistischen Initiativen sowie Tagesspiegel und Frankfurter Rundschau sind seit 1990 in Deutschland zwischen 140 und 182 Menschen von Neonazis ermordet worden. Dass bei diesen Taten rassistische Gründe eine wichtige Rolle spielten, fällt selbst dem wenig informierten Leser auf. Die Bundesregierung kennt hingegen weiterhin nur 47 Mordopfer in Folge von Nazi-Angriffen. Hinter der Differenz von über einhundert Opfern steckt eine über Jahrzehnte anhaltende Mentalität der Verharmlosung und des Wegschauens öffentlicher Stellen gegenüber rechter Gewalt.

Die neuen Rechtsterroristen unterscheiden sich in ihrer Einstellung zur Gewalt kaum von ihren historischen Geistesgenossen. Die Verherrlichung von Gewalt und Krieg gehört bis heute zum Grundrepertoire der Naziideologie. Von den 20.000 Nazi-Straftaten im letzten Jahr waren 800 Gewalttaten. Auf Nach-

frage der Fraktion Die Linke im Bundestag veröffentlichte das Bundesinnenministerium die nahezu gleich gebliebene Zahl von über 400 Waffenfunden in den letzten beiden Jahren im Zusammenhang mit rechten Straftaten. Waren die Besitzer wirklich nur Waffenarren oder hatten Sie mehr damit vor?

Terror gegen Andersdenkende oder einfach gegen Menschen, die nicht in das Weltbild der Nazis passen, ist jedenfalls nicht neu. Die VVN-Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« dokumentiert beispielsweise

einen Überfall auf einen Journalisten am Rande einer Nazidemo im Jahre 2008, den Aufruf zur Zerschlagung der antifa und den Waffenfund von Lörrach im Jahre 2008. Nach einem Hinweis von Antifaschisten fand die Polizei bei dem Jungnazi Thomas Baumann Chemikalien und Zeitzündler zum Bau einer Splitterbombe. Allerdings verlief der anschließende Prozess gegen Baumann, ebenso wie in anderen Fällen, im Sande. Vor ihrem Abtauchen hatte auch die Zwickauer NSU-Gruppe ihre Terrorkarriere ➤ weiter auf der nächsten Seite

»Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU)



Auf dem rechten Auge blind

Die neonazistische Mördertruppe aus Jena ist gewissermaßen unter den Augen des Verfassungsschutzes entstanden. Dennoch konnte die Terrortruppe zehn Jahre lang unbehelligt mit ihren Morden durch Deutschland ziehen. Auch die Unterstützer blieben angeblich unerkant. Das kennzeichnet zugleich den Wert der sogenannten V-Leute. Vor allem aber charakterisiert es den Wert der Tätigkeit der betroffenen Behörden und Geheimdienste, insbesondere des Verfassungsschutzes.

Jetzt ist von »Pannen« und »Versäumnissen« die Rede. Was aber sind die Ursachen dieser »Versäumnisse«? Hauptursache dürfte sein, dass sowohl die verantwortlichen Politiker als auch die Zuständigen in Polizei und Geheimdiensten auf dem rechten Auge weitgehend blind sind. Sie sehen den Gegner und die Hauptgefahr auf der linken und der islamistischen Seite. Die von den Neonazis ausgehenden Gefahren und Gewalttaten werden bagatelisiert. Hauptursache für diese Fehleinschätzung und die daraus resultierenden »Versäumnisse« ist das Weltbild dieser Politiker und Behördenleiter: Für sie stand und steht der Feinde auf der Linken. Das hat in einzelnen Fällen sogar eine Übereinstimmung mit Rechtsextremisten zur Folge. So lange das so bleibt, wird es am konsequenten Kampf gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus mangeln. Das muss sich ändern.



19. November 2011 in Berlin: Gedenken an die Opfer der Zwickauer Nazis

mit dem Bau von Bomben begonnen, die damals noch versagten. Wer von der Gewalt der Nazis jetzt überrascht ist, hat offensichtlich jahrelang weggeschaut oder nichts sehen wollen.

Neben dem Versagen oder gar der Verstrickung von Ermittlungsbehörden und Geheimdiensten in das rechte Milieu steht die ungeheuerliche Tatsache, dass terroristische Nazistrukturen aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden, jetzt mit Recht im Mittelpunkt der Kritik. So war zu erfahren, dass der Agentenlohn von 200.000 DM für einen einzigen V-Mann in der Kameradschaft »Thüringer Heimatschutz« Ende der neunziger Jahre in die Finanzierung der rechten Szene floss, womöglich sogar an Personen, die in die Terrorszene involviert waren. Statt den Terror aufzuklären, haben die Schlapphüte im Dienste des Staates den Aufbau ihrer Strukturen in Thüringen erst ermöglicht.

Doch die Finanzierung der Naziszene durch staatliche Mittel ist generell keine Neuheit. Innerhalb von fünf Jahren flossen in Mecklenburg-Vorpommern 6 Millionen Euro und in Sachsen 12 Millionen Euro in die parlamentarische Arbeit der NPD und von da weiter in die Naziszene. Ohne das Geld des Staates wären der Ausbau der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und ihre Wahlerfolge nicht möglich gewesen. Das bestätigt NPD-Vize Udo Pastörs im November 2011 in einem Interview mit der Nazi-Plattform mupinfo.de, die schon in ihrem Namen - Nachrichten für Mecklenburg und Pommern - ihr revanchistisches Programm offenbart.

Die Aufklärung über Nazi-Gewalt und das Verbot der NPD, die diese Gewalt propagiert und nährt, werden nun auch von jenen gefor-

Wer schützt hier wen?

In Deutschland operieren 16 Landesämter und ein Bundesamt für Verfassungsschutz. Sie verfügen über viele tausend hauptamtliche Mitarbeiter und entsprechende Millionenetats und verfolgen durchaus egoistische Interessen, denn ohne V-Männer braucht man auch keine V-Mann-Führer. Mit Hilfe fragwürdiger Maßstäbe diffamieren die Verfassungsschutzämter nicht etwa Neofaschisten, sondern immer wieder antifaschistische Initiativen und Organisationen. Sie maßen sich an, darüber zu entscheiden, was demokratisch ist und was nicht. Erwiesenermaßen sind sie dabei oftmals auf dem rechten Auge blind. Dass das Wirken der Geheimdienste in Deutschland begrenzt ist, sie insbesondere keine Polizeibefugnisse haben, ist eine Lehre aus dem NS-Regime. Jetzt zeigt sich: Statt noch mehr geheimer »Zentraldateien« und Vorratsdatenspeicherung ist mehr demokratische Kontrolle dieser Behörden notwendig.

dert, die ein NPD-Verbot bisher ablehnten. Diesen Bekenntnissen müssen jetzt auch Taten folgen!

Für die Feststellung, dass mit staatlichen Mitteln die Arbeit der NPD unterstützt wird, hat das CDU-geführte Bildungsministerium in Mecklenburg-Vorpommern die Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« der VVN-BdA faktisch mit einem Bildungsverbot an Schulen belegt. Diese Zensur gehört dringend aufgehoben! Sie behindert die Aufklärung über Nazistrukturen und die gemeinsamen Anstrengungen aller Demokraten in dem besonders betroffenen Bundesland und darüber hinaus.

Die Abschaltung aller Nazi-V-Leute und die Einleitung und konsequente Durchsetzung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD können nur erste Schritte sein. Der Kampf gegen rechte Ideologien, Rassenhass und Gewalt braucht das gemeinsame Engagement des Staates und seiner Bürger. Auf die Tagesordnung gehören ebenso die Stärkung demokratischer Strukturen und die Vermittlung humanistischer Werte.



Wem nützen V-Leute?

Zunächst denken V-Leute an sich selbst. Durch die Funktion erheben sie sich Straffreiheit, Vergünstigungen und natürlich Geld. Aber auch der Verfassungsschutz hat seinen Nutzen: Er sichert damit auf Dauer seine Existenz, indem er seinen kosten- und personelaufwändigen Apparat rechtfertigt. Den größten Nutzen hat allerdings die NPD, da das V-Leute-System vom Bundesverfassungsgesetz als Verfassungshindernis für ein Verbotungsverfahren angesehen wird.

V-LEUTE V SIND FASCHISTEN MIT

www.npd-verbot-jetzt.de
www.vvn-bda.de



Was kosten V-Leute?

Die Antwort gibt Ihnen das Bundesinnenministerium unter der Rufnummer +49 30 18681-0 oder Sie drehen die Karte einfach um ...

Was kosten V-Leute?

Die tatsächlichen Kosten werden verschwiegen. Die Bundesregierung beantwortet keine parlamentarischen Anfragen, wie viele Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz für welche Aufgaben eingesetzt werden. Sicher ist, dass die beträchtlichen Kosten des V-Leute-Systems aus Steuermitteln finanziert werden. Zum Beispiel erhielt der ehemalige NPD-Funktionär und V-Mann Peter Viola nach eigenen Aussagen 40.000 € für seine Spitzeltätigkeit.

V-LEUTE V SIND FASCHISTEN MIT

www.npd-verbot-jetzt.de
www.vvn-bda.de

Impressum

Herausgeber: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der VVN-BdA Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel.: 030-29784174, Fax: 030-29784179
V.i.S.d.P.: Dr. Regina Girod, **Redaktion:** Dr. Regina Girod, Thomas Willms
Redaktionelle Mitarbeit: Ernst Antoni, Axel Holz, P. C. Walther
Gestaltung: Nils Becker
Druck: Union Druckerei Berlin
Auflage: 50 000 Exemplare
Redaktionsschluss, 2. Dezember 2011

Wem nützen V-Leute?

Die Antwort gibt Ihnen das Bundesinnenministerium unter der Rufnummer +49 30 18681-0 oder Sie drehen die Karte einfach um ...



Eine Kampagne der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

Stramm deutsche Terroristen

Nazi-Brandstiftungen

Die zahlreichen Brandanschläge aus neonazistischen Motiven finden meist nur in der örtlichen Presse Beachtung, obwohl bei ihnen oftmals Menschenleben gefährdet werden.

So wurde im Januar 2010 im brandenburgischen Zossen das »Haus der Demokratie« von Neonazis niedergebrannt. Dem Anschlag vorausgegangen waren jahrelange Auseinandersetzungen zwischen der örtlichen Neonazi-Szene und der Bürgerinitiative »Zossen zeigt Gesicht«.

Im hessischen Wetzlar verübten Neonazis im März 2010 einen Brandanschlag auf einen Kirchenmitarbeiter. In diesem Fall wurden die Täter wegen versuchten vierfachen Mordes verurteilt.

Im April 2011 wurde im baden-württembergischen Rems-Murr-Kreis ein Anschlag auf junge Türken und Italiener verübt. Sie wurden zunächst angegriffen und flüchteten sich in eine Gartenlaube. Diese wurde von den Neonazis in Brand gesteckt. Die Tat ging vom Grundstück eines ehemaligen NPD-Pressesprechers aus.

Am 9. November 2011 wurde zum zweiten Mal in diesem Jahr ein Brandanschlag auf das Anton-Schmaus-Haus der Jugendorganisation »Falken« in Berlin-Neukölln verübt. Das Haus ist seit Jahren Angriffspunkt von Neonazis, es findet Erwähnung auf der Homepage des »Nationalen Widerstands Berlin«, wo »linke Läden« gelistet sind. Zuletzt wurde das Haus am 27. Juni durch Brandstiftung halb zerstört.

Im bayerischen Fürth wurde am 26. November 2011 das Auto einer Familie angezündet, die sich gegen Neonazismus engagiert.



Berliner Laden »Hexogen«: NPD-Funktionär verkauft Waffen

»Explosive Stimmung«

Der Berliner NPD-Vizevorsitzende Sebastian Schmidtke betreibt in Schöneweide einen Szene-Laden. Er verkauft Knüppel und Reizgas.

Schmidtke ist das Bindeglied zwischen NPD und den sogenannten »Kameradschaften«, in denen sich die gewalttätigen Neonazis tummeln. Einige der Kameradschaften wurden von den Berliner Behörden in den letzten Jahren verboten. Doch mit

Schmidtkes Hilfe kann es weitergehen. Er meldet Aufmärsche an, betreibt Internetseiten, besorgt Propagandamaterial und tritt als Pressesprecher in Erscheinung. In diesem Sommer hat er den Laden »Hexogen« (Bezeichnung für Sprengstoff) aufgemacht und verkauft »alles für den Aktivist«. Ausgerechnet in einem Kiez, in dem ohnehin schon viele Neonazis ihr Unwesen treiben.

Das 2010 abgebrannte Haus der Demokratie in Zossen (Brandenburg)



Foto: Björn Kiermann

Terror-Helfer und NPD-Funktionsträger: Ralf Wohlleben aus Jena

Ende November wurde der ehemalige Thüringer NPD-Funktionär Ralf Wohlleben festgenommen. Er besorgte die Pistole, mit der die meisten Opfer der Neonazi-Mörder erschossen wurden. Wohlleben half außerdem 1998 beim Untertauchen und der Finanzierung des »Nationalsozialistischen Untergrunds«.



Foto: Apahiz

Alles Einzeltäter?

Seit am 26. September 1980 die von einem Neonazi gelegte Bombe am Eingang des Münchner Oktoberfestes explodierte, 13 Menschen in den Tod riss und über 200 schwer verletzte, verging kaum ein Jahr, in dem es nicht zu neofaschistischen Anschlägen und Morden kam. Immer wieder wurden Waffen, Sprengstoff, Bombenmaterial gefunden. Und meist hieß es danach in offiziellen Verlautbarungen, da seien »Waffennarren«, »Verrückte«, »Einzeltäter« am Werk gewesen. Querverbindungen, beim Oktoberfest-Attentäter damals etwa zur neofaschistischen, viele Jahre später verbotenen Wikingjugend und zur Wehrsportgruppe Hoffmann, bei anderen Nazi-Terroristen oft zur NPD und anderen braunen Organisationen und Gruppen, wurden so gut wie nie genauer untersucht. Morde, Attentate, Brandstiftungen: Von »Terror-Netzwerken« oder ähnlichem war in solchen Fällen nie die Rede.

Die neofaschistischen Bombenbastler und Sprengstoffattentäter, die in der 80er- und 90er-Jahren in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gefasst wurden, das Umfeld der »Kameradschaft Süd« des Neonazis Martin Wiese, der 2003 den Bombenschlag auf die Grundsteinlegungsfeier für das neue jüdische Gemeindezentrum in München vorbereitete: alles »Einzeltäter«. Aber gut vernetzt...



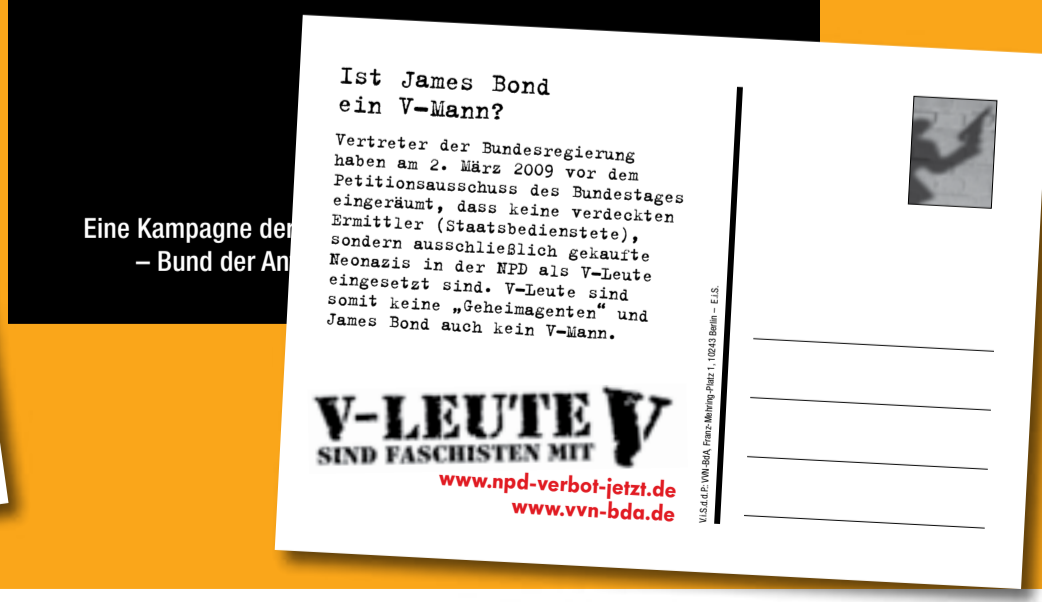
Wie nennt man V-Leute in der NPD?

Die Antwort gibt Ihnen das Bundesinnenministerium unter der Rufnummer +49 30 18681-0 oder Sie drehen die Karte einfach um ...



Ist James Bond ein V-Mann?

Die Antwort gibt Ihnen das Bundesinnenministerium unter der Rufnummer +49 30 18681-0 oder Sie drehen die Karte einfach um ...



Fragen Sie!

Manche Fragen scheinen so einfach, dass sie viel zu wenig gestellt werden. Tun Sie es trotzdem! Fragen Sie Politiker und Behörden oder auch Freunde und Bekannte nach den V-Leuten! Bestellen Sie nebenstehende Postkarten und verteilen Sie sie. Unter www.npd-verbot-jetzt.de finden Sie diese Karten und weiteres vielfältiges Informationsmaterial der Kampagne »nonpd«. Lassen Sie sich anregen und bilden Sie sich eine eigene Meinung.

Verbotsgründe

Die NPD ist demokratiefeindlich. Sie lässt keinen Zweifel daran, dass sie die Demokratie ablehnt und zerstören will. Laut NPD sind »die Demokraten« Deutschlands »Untergang«. Auch darin steht die NPD in der Tradition des NS-Regimes.

Die NPD ist menschenfeindlich. Sie ist eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Menschen. Rassistische, nationalistische, antisemitische und volksverhetzende Hetze richtet sich gegen viele Bürgerinnen und Bürger. Das führt zu Gewalttaten bis hin zu Morden.

Die NPD ist gefährlich. Sie ist Knotenpunkt, Plattform, Ideologiegeber und Reservoir für neonazistische Gewalttäter.

Seit 1990 ziehen Neonazis eine Blutspur durch Deutschland. Im 1. Halbjahr 2011 gab es wiederum über 8.700 neonazistische und andere rechte Straftaten, darunter 443 Gewalttaten. Allein 2009 und 2010 wurden bei Neonazis über 800 Waffen gefunden.

Die NPD lebt von unseren Steuergeldern. 48,2 Prozent der Gesamteinnahmen der NPD, mit denen sie ihre Existenz und ihr Auftreten finanziert, stammen aus Staatsmitteln.

www.npd-verbot-jetzt.de



Geld hilft wirklich

Sie wissen, dass Politik Geld kostet. Unsere Vereinigung lebt im wesentlichen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Sie entscheiden durch Ihre Spende mit, wie erfolgreich unsere Kampagne »nonpd« wird. Auf einfache Weise geht dies über unser Spendenportal auf:

www.vvn-bda.de
www.npd-verbot-jetzt.de

Spenden können Sie auch auf das Konto der VVN – BdA:
Berliner Sparkasse
BLZ: 100 500 00
Konto-Nr.: 190 037 270
Stichwort: »Kampagne«

Unterschreiben und sammeln

Überlassen Sie die Frage des NPD-Verbotes nicht allein dem Staat. Unterschreiben Sie den Aufruf »NPD-Verbot. Jetzt aber richtig! auf unserer Homepage www.npd-verbot-jetzt.de. Drucken Sie sich Sammelformulare aus und sammeln Sie selbst!

Sie haben mehr zu sagen? Nutzen Sie das Online-Formular und schreiben Sie uns, warum Sie die Forderung nach dem NPD-Verbot unterstützen. Zur Aktion »nonpd« gibt es Plakate, Postkarten, Broschüren, ein Quiz und weiteres Informationsmaterial zum Selbstkostenpreis. Nutzen Sie das Bestellformular auf unserer Homepage.
www.npd-verbot-jetzt.de

Informieren und mitmachen

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN – BdA) e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland. Wir sind ein unabhängiger, überparteilicher Verband, der ausgehend von den historischen Erfahrungen des Widerstandes und der Verfolgung für Gleichheit, Solidarität, Demokratie und Frieden eintritt. In unserer Organisation arbeiten Menschen jeden Alters, die sich dem Antifaschismus verbunden fühlen, mit.
VVN – BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

antifa

Magazin für antifaschistische Politik und Kultur



Die »antifa« wird herausgegeben von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - und der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. (VVN-BdA) und erscheint zweimonatlich. Mit Berichten und Beiträgen zur **Geschichts- und Gedenkstättenarbeit** **Tatsachen und Hintergründe des Neofaschismus** **Theoretischen Auseinandersetzungen** **Kulturteil mit Rezensionen von Büchern, Filmen und Ausstellungen.**

Bitte schicken sie mir ein kostenloses Probeexemplar der »antifa«

Ich aboniere die »antifa«
 Normal Abo (15,- Euro) Vorzugsabo* (7,50 Euro) Förderabo (30,- Euro)

Name/Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Wohnort: _____

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Datum, Unterschrift _____

Coupon einsenden an Redaktion »antifa«, Franz Mehring Platz 1, 10243 Berlin

*»antifa« erscheint als: Abo für 15,- Euro jährlich (für Mitglieder der VVN-BdA im Beitrag enthalten) + Vorzugsabo für 7,50 Euro (für Schüler, Studierende und Azubis gegen Vorlage eines Nachweises) + Förderabo für 30,- jährlich.